

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum
	Schriftführerin Telefon-Nr. Sabine Biesenbach 02202/142847
Niederschrift	
	Sitzung am Donnerstag, 27. Juni 2002
Sitzungsort	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsort wird in der Einladung bekanntgegeben, ,	17:00 Uhr - Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 24.04.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
319/2002**

- 3. Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
329/2002**

- 5. Förderung der Verbraucherberatung
361/2002**

6. **Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Bereich Soziales und Jugendhilfe in der Stadt Bergisch Gladbach**
362/2002

7. **Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

A Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 24.04.2002 wird in der vorliegenden Form genehmigt.

2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 24.04.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Bezüglich Punkt 7 des Durchführungsberichts teilt Herr Schnöring mit, dass er mit dem Antwortschreiben der Verwaltung nicht zufrieden ist. Er bittet den Begriff „mittelfristige Weiterverfolgung“ zu präzisieren. Er beantragt die Verwaltung zu beauftragen, innerhalb des kommenden halben Jahres bezüglich des Bolzplatzes in Neu-Frankenforst Planungen vorzulegen.

Unter den Ausschussmitgliedern besteht Einigkeit, dass auch der Errichtung eines Bolzplatzes Priorität eingeräumt werden könnte und die Vorlage der Planungsunterlagen in angemessener Frist erwartet werden kann.

Herr Hastrich sagt zu, beim zuständigen Fachbereich 6 – *Planen und Bauen* in der vorgetragenen Weise zu intervenieren und in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 25.09.2002 zu berichten.

3 Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Es liegen keine Mitteilungen der Vorsitzenden vor.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Zu Punkt 1 der Mitteilungsvorlage ergänzt Herr Hastrich, dass die Vorlage bezüglich der Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirats in Ratsausschüsse für den Hauptausschuss und den Rat bei Drucklegung der Unterlagen für den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) noch nicht fertiggestellt war und deshalb dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

vorab nicht im Wortlaut zur Kenntnis gebracht werden konnte. Nach der Behandlung der Beschlussvorlage im Rat wird dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) das Beratungsergebnis zur Kenntnis gebracht.

Herr Hastrich kündigt weiterhin an, dass der Niederschrift der Bericht aus dem Ausländerbeirat beigefügt wird. Auf die Anlage 7 wird verwiesen.

Herr Hastrich weist auf die Abschlussveranstaltung der Projektwoche zum Thema *Bildung im Alter* hin, die am 28.06.2002 stattfindet. Für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 25.09.2002 ist ein Bericht über die Projektwoche vorgesehen.

5 Förderung der Verbraucherberatung

Herr Schnöring erinnert an den Beschluss des Rates vom 03.07.2001, nach dem die Verbraucherzentrale aus Mitteln der Stadt Bergisch Gladbach über den 01.01.2003 hinaus nur gefördert werden soll, falls sich die umliegenden Kommunen an der Finanzierung anteilig beteiligen. Nach Ansicht von Herrn Schnöring sei es jedoch fraglich, ob die ablehnende Haltung der Kommunen – außer der Gemeinde Kürten – , die in der Mitteilungsvorlage zur Sitzung dargestellt wurde, das Beratungsergebnis politischer Gremien widerspiegelt, oder ob es sich um die Aussagen der jeweiligen Hauptkommunalbeamten handelt. Aus den Gemeinden Odenthal und Rösrath wisse er, dass die Fachausschüsse sich nach der Sommerpause im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen mit der Angelegenheit befassen wollen. Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist die Verbraucherzentrale eine wichtige und erhaltenswerte Einrichtung.

Herr Hoffstadt teilt mit, dass die SPD-Fraktion zur nächsten Ratssitzung einen Antrag gestellt hat, der auf den Erhalt der Verbraucherzentrale zielt.

Herr Hastrich stellt klar, dass der Informationsaustausch zwischen den Kommunen auch auf der Ebene der Fachbereichsleiter und Fachämter geführt wurde. Nach seiner Information ist die Meinungsbildung in Kürten in den politischen Gremien getroffen worden.

Herr Neuheuser meint, dass der Verbraucherschutz weiterhin als kommunale Aufgabe betrachtet werden müsse.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

6 Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Bereich Soziales und Jugendhilfe in der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Hastrich weist auf den geänderten Beschlussvorschlag hin, der an die Ausschussmitglieder verteilt wurde. Nach Drucklegung der vorliegenden zweiten Fassung der Rahmenrichtlinien sind seitens des Caritasverbandes weitere Änderungswünsche vorgetragen worden, die der Erörterung bedürfen; grundsätzliche Einwände gegen die Rahmenrichtlinien hat der Caritasverband nicht erhoben. Wenn auch die Rahmenrichtlinien keine Vereinbarung der Stadt mit den freien Trägern darstellt, sondern einen Beschluss des Rates, ist es dennoch angezeigt, im Hinblick auf eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit Einvernehmen herzustellen. Deshalb ist der neue Beschlussvorschlag formuliert

worden, der auch mit dem Caritasverband abgestimmt wurde.

Auch der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann hat sich in seiner Sitzung am 20.06.2002 mit den Rahmenrichtlinien befasst. Unter dem Gesichtspunkt, dass in den Rahmenrichtlinien grundsätzliche Zielsetzungen beschrieben werden und auch der Gedanke des Gender-Mainstreamings aufgenommen wurde, begrüßt der Ausschuss die Vorlage und bittet den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) ihr zu folgen.

Vor dem Hintergrund, dass die bestehenden Richtlinien zum 01.01.2003 für den Bereich der Sozialen Arbeit gekündigt wurden und ab Januar 2003 eine Arbeit im rechtsfreien Raum möglichst vermeiden werden sollte, schlägt die Verwaltung vor, der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) möge sich grundsätzlich zu den den Rahmenrichtlinien zu Grunde liegenden Systematik äußern und in der nächsten Sitzung sowohl die endgültig abgestimmten Rahmenrichtlinien als auch - im Vorgriff auf deren Beschlussfassung durch den Rat - die Zielvereinbarungen beschließen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

1. **Die Beschlussfassung über die vorliegenden Rahmenrichtlinien wird bis zu seiner nächsten Sitzung ausgesetzt, damit die Verwaltung Einzelheiten des Textes noch einmal mit den freien Trägern erörtern kann.**
 2. **Der Ausschuss hält an der angezielten Neuausrichtung des Miteinander von Politik, Verwaltung und freien Trägern und dem Wechsel der Finanzierungssystematik Ende 2002 fest. Damit der bei der Kündigung der Förderrichtlinien im April 2002 vorgesehene Zeitplan eingehalten wird,**
 - **beauftragt er die Verwaltung, im Sinne der Rahmenrichtlinien Zielvereinbarungen zur erarbeiten und dem Ausschuss ebenfalls in seiner nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen,**
 - **ermächtigt er die Verwaltung, im Sinne der Rahmenrichtlinien und angelehnt an die Entwürfe der Zielvereinbarungen bereits mit den freien Trägern die Erarbeitung von Leistungsvereinbarungen zu beginnen.**
-
1. Der Rat möge die *Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von Leistungen der freien Träger Bereich Soziales und Jugendhilfe in der Stadt Bergisch Gladbach* in der Fassung vom 03.06.2002 beschließen und in Kraft setzen.
 2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die letzte Sitzung des Jahres 2003 einen Erfahrungsbericht unter Einbeziehung des Votums der freien Träger vorzulegen. In den Bericht sollen ggfls. Empfehlungen zur Änderung der Rahmenrichtlinien eingearbeitet werden.

7 Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Anfragen werden nicht gestellt.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 21:28 Uhr.

Vorsitzende

Schriftführer